Teuerung

Die letzte Reserve ist weg

Miete, Krankenkasse, Lebensmittel, Energie – überall steigen die Preise. Wer sich bisher knapp über Wasser halten konnte, droht nun in die Armut abzurutschen.

Text: Tina Berg und Katharina Siegrist Fotos: Andrea Zahler

Als der Beobachter Anfang Jahr die Abopreise erhöhte, erhielten wir zahlreiche Rückmeldungen. Man spüre die steigenden Kosten überall, hiess es. Der Lohn, die AHV – das reiche alles nirgends mehr hin. Der Beobachter erfuhr einmal mehr unmittelbar, was es heisst, wenn Menschen zirkeln müssen, damit das Geld bis Ende Monat reicht. Es kam auch zu Abokündigungen.

Wer einen Preisaufschlag von 20 Franken schon so empfindlich spürt im Portemonnaie, dürfte unter starkem finanziellen Druck stehen. Geht es heute mehr Menschen so als vor ein paar Jahren? Noch lässt sich das nicht aus den Statistiken des Bundes herauslesen.

Die Zahl der Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten hat sich nicht wesentlich verändert. Doch die neusten Daten stammen aus dem Jahr 2021. Seither ist viel passiert: Miete, Lebensmittel, Energie – überall sind die Preise gestiegen. Das hat zweifellos Spuren hinterlassen.

Wir haben mit Leuten gesprochen, die trotz Arbeit heute nur noch händeringend durchkommen. Alle ihre Namen sind erfunden. Für einige von ihnen war bereits der Gang zum Sozialdienst erniedrigend, andere wollen nicht, dass man von ihren finanziellen Sorgen erfährt. Auch Julia Meier heisst eigentlich anders.

Julia Meier

Lange hatte Julia Meier aus dem Kanton St. Gallen keinen regelmässigen Lohn. Sie arbeitet in der Gastrobranche. Sie wünschte sich einfach nur, am Ende des Monats immer den gleichen Batzen auf dem Konto zu haben. Als sie vor ein paar Jahren trotz Arbeit nicht über die Runden kam, blieb ihr nur der Gang zum Sozialdienst. Dort ergänzte man ihren Lohn, bis sie beruflich aufstocken konnte. «Das in Anspruch nehmen zu müssen, war etwas vom Schlimmsten für mich. Ich fühlte mich total randständig. Es war demütigend», erinnert sich die 48-Jährige.

Mittlerweile hat Julia Meier endlich eine geregelte Arbeit in einem Altersheim, sie verdient jeden Monat 2490 Franken. Sie hat keine

Julia Meier
48 Jahre, alleinstehend, arbeitet in einem Altersheim
Einkommen: netto 2490 Franken
Grosse Budgetposten: Miete 1047 Franken, Krankenkasse 325, ÖV-Abo 200, Hausratversicherung 255
Was sie sich nicht mehr leisten kann: Ferien
Worauf sie nicht verzichten möchte: auf Coiffeurbesuche und zweimal im Jahr Mèchen

«Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen, war etwas vom Schlimmsten für mich.»

Julia Meier (Name geändert)

Daniel Janssen
42 Jahre, alleinerziehend, eine Tochter, arbeitet als Koch
Einkommen:
5200 Franken netto
Grosse Budgetposten:
Miete 1250 Franken, Krankenkasse 360, Essen 500, Steuern 500, Tagesschule Tochter 510, Auto (Garage, Leasing, Versicherung et cetera) 540, Sparen 400
Was er sich nicht mehr leisten kann: Er kauft kaum mehr etwas für sich selbst.
Worauf er nicht verzichten möchte:
auf ein vernünftiges Auto

Schulden, keine Betreibungen, keine staatliche Unterstützung. Aber auch keine Ersparnisse. Oft kann sie bei ihrer Schwester mitessen, das hilft. Als Gegenleistung putzt sie dort ein bisschen. Ihre Schwester griff ihr auch schon bei einer Steuerrate unter die Arme. Als kleinen Luxus gönnt sich Julia Meier zweimal im Jahr Mèchen beim Coiffeur. Es geht ihr gut. Aber es bleibt die ständige Angst vor dem nächsten «Hammer».

Letztes Jahr schlug er zu – mit voller Wucht. Wegen hoher Gesundheits- und Zahnarztkosten war sie sowieso schon knapper dran als sonst. Und dann kam Ende Jahr eine Nebenkostenrechnung über 1200 Franken. «Ich merkte, dass ich in finanzielle Not geriet, und musste wieder zum Sozialdienst.» Dort half man ihr, die Fixkosten wie etwa die Hausratversicherung zu senken. Und bei Hilfswerken wie der Winterhilfe und SOS Beobachter um Unterstützung anzufragen.

Julia Meier arbeitet. Trotzdem ist sie armutsgefährdet. So geht es in der Schweiz laut Bundesamt für Statistik 279 000 Personen. Das sind 7,4 Prozent aller Erwerbstätigen. Von deren Löhnen hängen weitere Leben ab, diejenigen von Kindern, Partnern und oft sogar von weiteren Menschen. Die Caritas schätzt, dass es deshalb fast 650 000 Personen sind, die in Haushalten leben, die trotz Erwerbstätigkeit in Gefahr sind zu verarmen.

Was momentan passiert, beobachtet die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) genau – weil diese Menschen womöglich bald in der Sozialhilfe landen. «Die Leute werden in die Armut getrieben, wenn sie keine Miete und keine Krankenkasse zahlen können. Das ist die Hauptherausforderung», sagt Skos-Geschäftsleiter Markus Kaufmann. Zwar seien die Arbeitslosen- und die Sozialhilfequote so tief wie seit Jahrzehnten nicht mehr. «Das steht aber im Widerspruch zu dem, was ich aus den Sozialdiensten vernehme. Nämlich dass mehr Leute anstehen, um an kostenlose Lebensmittel zu kommen.» Diese Nachfrage bei den Abgabestellen habe in der Pandemie sprunghaft zugenommen – und sei seither nicht mehr gesunken. «Das ist für uns ein Indikator, dass mittlerweile mehr Leute an der Armutsgrenze leben.»

Seit wenigen Monaten beobachtet Kaufmann zudem etwas Aussergewöhnliches: Die Teuerung schlägt beim Skos-Warenkorb, also beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt von Sozialhilfebezügern, stärker durch als beim generellen Landesindex der Konsumentenpreise. Das gab es in den letzten 15 Jahren nie. Ein wichtiger Grund dafür: Es sind vor allem die Lebensmittel, die teurer geworden sind.

«Die Leute werden in die Armut getrieben, wenn sie keine Miete und keine Krankenkasse zahlen können.»

Markus Kaufmann, Skos

Weil Armutsgefährdete einen grösseren Anteil ihres Budgets dafür ausgeben müssen, trifft sie die Inflation überproportional.

Daniel Janssen

Daniel Janssen weiss, was das Leben kostet. Ganz konkret. Milchprodukte zum Beispiel: Die seien während der letzten Monate extrem teurer geworden, bis zu 50 Prozent. Oder die Nebenkosten für seine 4,5-Zimmer-Wohnung in einem Vorort einer Berner Kleinstadt: plus 60 Franken pro Monat. Janssen, 42, sitzt am Wohnzimmertisch. Die Tochter ist gerade in den Ferien bei den Grosseltern. Trotzdem schaut die Siebenjährige gleich mehrfach aus Bilderrahmen auf den Vater herunter. Er ist seit fünf Jahren alleinerziehend.

«Alleinerziehende sind besonders armutsgefährdet. Für sie ist es speziell schwer, Arbeit und Betreuungspflichten unter einen Hut zu bringen», sagt Oliver Hümbelin, der Professor an der Berner Fachhochschule ist und zu Ungleichheit und Armut forscht. Knapp werde es, weil die externen Betreuungskosten in der Schweiz relativ hoch seien und man darum nur Teilzeit arbeiten könne oder wolle.

Auch Janssen würde sein Pensum gern von 90 auf 80 Prozent reduzieren. Doch finanziell liegt das nicht drin. Glücklicherweise hat er einen verständnisvollen Chef. Er ist Koch, muss aber nur werktags und nie am Abend arbeiten – nicht selbstverständlich in dieser Branche. Er weiss: «Meinen Job darf ich nicht verlieren.»

Dank eiserner Budgetdisziplin bleibt am Ende des Monats etwas übrig, das er beiseitelegen kann. Oder er erfüllt seiner Tochter einen Wunsch. Sie soll überall teilhaben können, geht in den Schwimm- und in den Judokurs. Abstriche macht Janssen bei sich selbst. Viel schiefgehen darf aber nicht.

Wie etwa in der Pandemie, als er Kurzarbeitsentschädigung bezog und darum 20 Prozent weniger verdiente. Damals machte Janssen Schulden. Die sind zwar abgezahlt. Aber eine zweite Pandemie bräuchte es nicht, damit es finanziell wieder eng würde. Arbeitslosigkeit, ein Unfall oder eine schwere Krankheit sind Risiken, die jedermann jederzeit treffen können.

Statistisch gesehen, sind neben Alleinerziehenden auch Personen ohne nachobligatorische Ausbildung, allein Lebende und Ausländerinnen und Ausländer armutsgefährdet. Neu sind auch sehr viele Familien betroffen. «Diese Bevölkerungsgruppe ist klassischerweise nicht armutsgefährdet, weil sie meist über ein gesichertes Einkommen verfügt», sagt Armutsforscher Hümbelin. «Doch Familien haben höhere Alltagsauslagen, und gerade die sind im letzten Jahr massiv höher geworden. Zudem befinden wir uns gerade in einem Umfeld stark steigen-

Gisela Spitzer
52 Jahre, lebt mit dem Partner zusammen, die Kinder sind ausgezogen, arbeitet als Reinigungsfachkraft
Einkommen: variierend, im Schnitt 2400 Franken netto pro Monat
Grosse Budgetposten: Miete 650 Franken, Krankenkasse 397, Versicherungen für Auto, Hausrat et cetera rund 500, Essen rund 350, Steuern rund 200, Benzin rund 160
Was sie sich nicht mehr leisten kann: Sie isst nur noch selten Fleisch.
Worauf sie nicht verzichten möchte: auf ein Konzert hin und wieder und auf ihren Wohnwagen, den sie schon seit 21 Jahren hat

Das läuft politisch

Mit diesen Vorstössen versucht die Politik, die steigenden Lebenskosten abzufedern:

- **Mieten:** Das Parlament beschäftigt sich als Nächstes mit einer Motion, die Inflation und Mieten stabilisieren will. Mieten sollen bei steigendem Referenzzins nur noch begrenzt erhöht werden können: so lange, wie die durchschnittliche Inflation über die letzten zwölf Monate bei über 1,5 oder 2 Prozent liegt.
- **Energie:** Eine Motion will, dass einkommensschwache Haushalte einen Zustupf an die Energiekosten erhalten, um die hohen Heiz- und Nebenkostenabrechnungen zu kompensieren. Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf. Der Ball liegt nun beim Nationalrat.
- **Krankenkasse:** Die Prämienentlastungsinitiative der SP will, dass man höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für die Grundversicherungsprämien ausgeben muss. Dafür sollen Bund und Kantone mehr Prämienverbilligung zahlen: Der Bund soll mindestens zwei Drittel der Kosten tragen, die Kantone den Rest. Ein Gegenvorschlag des Ständerats wird in der laufenden Session behandelt. Ob und wann das Volk darüber abstimmen kann, ist noch unklar.
- **Kinderbetreuung:** Im März hat der Nationalrat entschieden, dass der Bund künftig 20 Prozent der Elternbeiträge für Kitas übernehmen muss. Dafür sollen rund 710 Millionen Franken im Jahr gesprochen werden. Auch die Kantone müssen ihre Beiträge erhöhen. Das Geschäft liegt bei der zuständigen Kommission des Ständerats. Danach muss der Ständerat darüber entscheiden.

Wo die Teuerung wehtut

Seit Anfang 2022 sind verschiedene Güter des täglichen Bedarfs massiv teurer geworden. Ein paar Beispiele.

Infografik: Anne Seeger

Strom

+52%

von Rp. 21.18 auf Rp. 32.14 pro Kilowattstunde für einen Durchschnittshaushalt (2022 bis 2024). Die Unterschiede können lokal höher ausfallen.

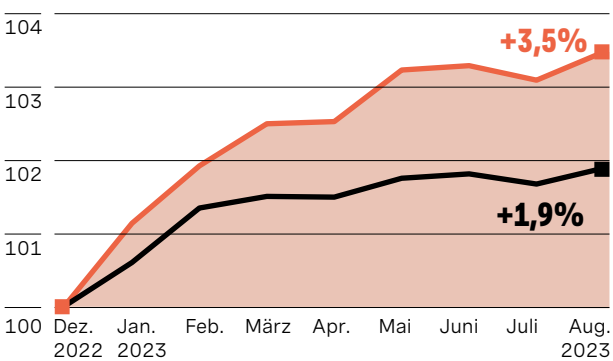
Krankenkasse

+7%

von 313 auf 335 Franken mittlere Monatsprämie für Erwachsene (2022 bis 2023).

Die Inflation trifft vor allem Arme

■ Der Landesindex der Konsumentenpreise misst die Teuerung anhand mehrerer Hundert Güter, vom Alltagsbedarf bis hin zu Reisen, Physiotherapie oder Glücksspielen.
■ Der Index der Sozialhilfe (Skos-Warenkorb) hingegen umfasst nur den Grundbedarf für das Leben – ohne Miete und Nebenkosten. Seit Anfang Jahr schlägt die Teuerung (indexiert per Dezember 2022) beim Skos-Warenkorb stärker durch als beim Landesindex der Konsumentenpreise – weil etwa Lebensmittel mehr ins Gewicht fallen.



Lebensmittel

+7–20%

(März 2022 bis März 2023)

Benzin

+36%

von Fr. 1.66 auf Fr. 2.25 für einen Liter Bleifrei 95 (Juni 2021 bis Juni 2022). Derzeit sinkt der Benzinpreis leicht.

Miete

+6–10%

durch die Erhöhung des Referenzzinssatzes und die allgemeine Kostensteigerung (Mai bis voraussichtlich Dezember 2023).

+20% Margarine, Öle

+17% Zucker

+12% Butter

+9% Milch, Käse, Eier

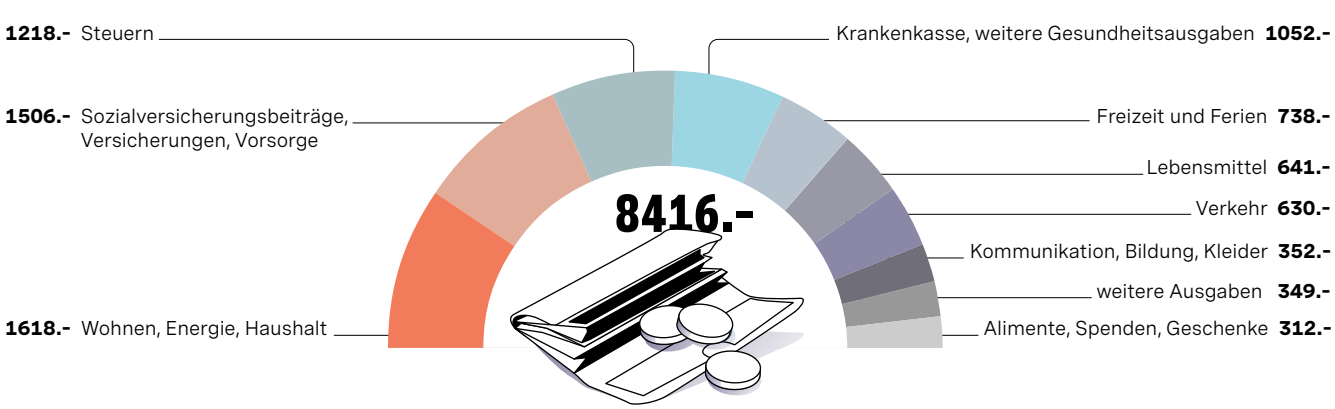
+8% Brot, Mehl

+8% Früchte, Gemüse

+7% sonstige Lebensmittel

Wofür wir Geld ausgeben

Dafür gibt ein durchschnittlicher Zweipersonenhaushalt Geld aus:



QUELLEN: BFS, ELCOM, COMPARIS, BAG, SKOS

der Wohnkosten. Es gibt also neue Bevölkerungsschichten, die derzeit eine Armutserfahrung machen.»

Auch bestimmte Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen erhöhen das Armutsrisiko: Selbständigkeit, befristete Arbeitsverträge, Arbeit auf Abruf oder in kleinen Betrieben.

Gisela Spitzer

In gewissen Branchen sind solche Stellen besonders häufig anzutreffen, etwa in der Reinigung. Gisela Spitzer verdient damit rund 2400 Franken. Ende letzten Jahres kamen plötzlich so viele Rechnungen, dass sie nicht mehr weiterwusste. Die Zürcherin hat keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Ihr Existenzminimum wurde auf 2100 Franken berechnet.

Dem akuten Engpass voraus gingen drei schwierige Jahre. Spitzer trug von der Behandlung eines Heilpraktikers einen Schaden am Gleichgewichtsorgan davon. Schwindel, Therapie, schliesslich psychischer Zusammenbruch und Klinik. Nach der Krankschreibung wurde ihre langjährige Festanstellung gekündigt. Heute arbeitet sie wieder. Aber weil es nur einzelne Reinigungsaufträge bei Privaten sind, hat sie keine Pensionskasse mehr, kann nichts auf die Seite legen. Dann das: plötzlich 100 Franken mehr Akonto für Strom, Prämienerhöhung bei der Krankenkasse, Mietzinserhöhung, teureres Essen und Benzin.

«Ich hatte in meinem Leben nie Schulden», sagt die 52-jährige Gisela Spitzer. «Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal mit einem Fuss fast im Abgrund stehe.» Sie fühlt sich alleingelassen. Nicht ernst genommen, weil man ihr Gebrechen nicht sieht.

Der Sozialdienst leitete sie schliesslich an die Stiftung SOS Beobachter weiter, die ihr dabei half, die offenen Rechnungen zu begleichen.

Mit solchen zweckgebundenen Einzelbeiträgen wie von der Winterhilfe, der Caritas oder von SOS Beobachter versuchen sich viele durchzuschlagen. Caritas Zürich hat zum Beispiel im ersten Quartal 2023 75 Prozent mehr finanzielle Unterstützung geleistet als im gleichen Zeitraum im Jahr zuvor. Das erzählt Aline Masé, Leiterin Grundlagen und Fachstelle Sozialpolitik von Caritas Schweiz. Die Nachfrage nach Sozial- und Schuldenberatung sei in vielen regionalen Caritas-Organisationen deutlich höher.

Die Caritas-Märkte verzeichneten 2022 schon ein Rekordjahr, im ersten Halbjahr 2023 stieg der Umsatz nochmals um 20 Prozent. «Seit Corona ist das alles nichts Neues, aber die Nachfrage hat nochmals zugenommen. In der Pandemie konnten sich einige noch über Was-

Minah Sadat
43 Jahre, verheiratet, zwei Söhne, arbeitet im Verkauf
Einkommen: Familieneinkommen total netto 4900 Franken
Grosse Budgetposten: Miete 1874 Franken, Krankenkasse 543, ÖV-Abos rund 300, Handyabos rund 180
Was sie sich nicht mehr leisten kann: Restaurantbesuch zu Weihnachten, Besuche von Freunden
Worauf sie nicht verzichten möchte: Sie hat kürzlich ein Sommerkleid für eine Hochzeit gekauft.

«Früher hatte ich oft Gäste. Jetzt behaupte ich häufig, dass ich mehr arbeiten muss.»

Minah Sadat (Name geändert)

Und wohin geht Ihr Geld?

Das Leben kostet, alle wollen unser Geld. Die Krankenkassenprämien steigen, Essen wird teurer, selbst für Fussball braucht es heute ein Abo. Wie viel Geld haben Sie zur Verfügung? Wofür geben Sie es aus? In der neuen Rubrik «Die Abrechnung» wollen wir das Tabu brechen und Menschen erzählen lassen, was sie sich leisten können – und was nicht. Ganz konkret. Ein Kontoauszug ist immer auch ein Porträt. Zeigen Sie unseren Leserinnen und Lesern ein Bild Ihres Lebens. Gern auch anonym. Lust auf dieses spannende Experiment? Melden Sie sich über redaktion@beobachter.ch

ser halten, indem sie von ihren Reserven zehrten. Jetzt kommt aber schon der nächste Hammer obendrauf. Das darf man nicht unterschätzen. Der Puffer ist weg», sagt Aline Masé.

«Die Gefahr, in die Armut abzurutschen, ist deutlich gestiegen. Sie frisst sich in der Gesellschaft nach oben.» Die Leute würden sparen, wo immer möglich, aber man könne ja nicht aufs Wohnen verzichten. Also schränke man sich ein bei der Ernährung, der Gesundheit und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. So stark, dass man die Fixkosten stemmen kann. Das habe dramatische Auswirkungen, nicht zuletzt auf Kinder, die den Druck mitbekommen.

Minah Sadat

Minah Sadat versucht, in der Schweiz Fuss zu fassen. Aber die steigenden Lebenshaltungskosten machen es ihr schwer. Vor knapp zehn Jahren ist sie mit ihrem Mann und den beiden Söhnen aus Afghanistan nach Bern geflohen. Sie kämpften sich aus der Sozialhilfe, die Eltern fanden Arbeit. In der Logistik und im Verkauf. Zusammen verdienen sie netto 4900 Franken. Der ältere Sohn hat gerade eine Lehre im Detailhandel begonnen, der jüngere geht noch zur Schule.

Ihr Ziel: weg vom Flüchtlingsstatus, endlich einen B-Ausweis. Das würde viele Türen öffnen. Die 43-Jährige könnte ihren Traum verwirklichen und Tramfahrerin werden. Aber den B-Ausweis gibts nur ohne Sozialhilfe. Also nutzt Sadat alle Möglichkeiten, um über die Runden zu kommen, handelt Aufschub oder Ratenzahlungen aus.

Letzten Monat musste ihr Mann bei der Arbeit um einen Vorschuss bitten, weil kein Geld mehr da war, auch nicht für Essen. Es kamen einfach zu viele Rechnungen zusammen, etwa für den Zahnarzt oder das zehnte Schuljahr des Sohnes. Gerade ist eine Mietzinserhöhung von 100 Franken reingeflattert.

Um keine Betreibung zu riskieren, schränken sie sich ein, wo es nur geht. Der Restaurantbesuch zu Weihnachten ist gestrichen. «Früher hatte ich immer wieder Besuch von Freundinnen und Freunden. Jetzt behaupte ich oft, dass ich mehr arbeiten muss. Denn das Essen für die Gäste ist so teuer geworden», sagt Minah Sadat. Der B-Ausweis ist beantragt, sie warten. Bleiben optimistisch. Aber die Angst, dass es finanziell am Ende nicht aufgeht, ist gross.

Für Menschen wie Gisela Spitzer, Daniel Janssen, Julia Meier oder Minah Sadat wären

«Die Gefahr, in die Armut abzurutschen, frisst sich in der Gesellschaft nach oben.»

Aline Masé, Caritas

Ergänzungsleistungen (EL), wie es sie bereits für AHV- und IV-Rentner gibt, eine grosse Hilfe, sagt Aline Masé von der Caritas. Die Hilfsorganisation schlug daher im Frühling vor, dass Ergänzungsleistungen für alle eingeführt werden, deren Einkommen nicht für den Lebensunterhalt reicht. Also auch für Personen im Erwerbsalter. In vier Kantonen – Genf, Solothurn, Tessin und Waadt – gebe es zum Beispiel bereits Ergänzungsleistungen für Familien.

«EL für alle sind aus Sicht der Armutsbekämpfung viel effektiver als etwa ein Mindestlohn. Ein Mindestlohn ist wichtig, reicht aber nicht. Er ist keine Garantie für ein Existenzminimum, wenn zum Beispiel der Haushalt gross ist oder das Arbeitspensum zu klein», sagt Aline Masé. Der Vorteil wäre zudem, dass EL nicht zurückgezahlt werden müssen, wie es teilweise bei der Sozialhilfe der Fall ist. Das führe nämlich oft zu einer Schuldenspirale.

Politisch ist diese Forderung noch nicht aufgegriffen worden. In Bundesbern sind jedoch mehrere andere Geschäfte hängig, die sich mit den steigenden Lebenskosten beschäftigen (siehe «Das läuft politisch», Seite 23). Laut Armutsforscher Hümbelin könnte die steigende Angst der Menschen, sozial abzurutschen, auch die Wahlen im Oktober beeinflussen. «Es gibt Studien, die zeigen, dass Abstiegsängste politischen Parteien in die Hände spielen, die eher traditionelle, bewahrende bis abschottende Agenden verfolgen», so der Berner Professor.

Für Aline Masé von der Caritas besteht jedenfalls dringender Handlungsbedarf: «Gerade für die Leute, die viel arbeiten und alles machen, um nicht vom Staat abhängig zu werden, ist es schlimm, zu sehen, dass es einfach nicht reicht. Für den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz ist das keine gute Nachricht.» ■

Lesen Sie zum Thema auch den Beratungsartikel auf Seite 64.

Stiftung SOS Beobachter

Spenden-aufruf

Viele Menschen können Franken drehen und Rappen spalten, wie sie wollen – es reicht kaum fürs Nötigste. Hier hilft SOS Beobachter.

So spenden Sie
Ihre Hilfe für Armutsbetroffene: IBAN CH84 0900 0000 8000 0070 2 (Empfänger: Stiftung SOS Beobachter, 8021 Zürich)

Jetzt QR-Code scannen und helfen.
sosbeobachter.ch/spende

Vergesslicher als früher?

Tebofortin
Bei Vergesslichkeit und Konzentrationsmangel.
In Ihrer Apotheke oder Drogerie.

Dies ist ein zugelassenes Arzneimittel.
Lesen Sie die Packungsbeilage.

Schwabe Pharma AG
From Nature. For Health.